



## Qualitätsmedien gegen Desinformation: Der Medientalk im Politforum Bern

Was haben starke öffentliche Medien mit Sicherheitspolitik zu tun? Um diese Frage zu beantworten, lud die SRG Bern Freiburg Wallis in Zusammenarbeit mit dem Politforum Bern Expertinnen und Experten ein: Ursula Gabathuler (Bild: 2. v. l.), die Co-Chefredaktorin Audio/Digital SRF, Georg Häsler (Bild: 1. v. l.), den Sicherheits- und Militärexperten der NZZ, sowie Benno Zogg (Bild: 2. v. r.), den Chef Strategie und Antizipation des Staatssekretariats für Sicherheitspolitik.

«Der Einsatz von Mitteln <hybrider> Konfliktführung hat zugenommen, inklusive Cyberangriffen, Desinformation und Beeinflussungsaktivitäten», stellte der Bundesrat bereits 2021 in seinem sicherheitspolitischen Bericht fest. Aber welche Ressourcen sind erforderlich, damit Medien effektiv gegen Desinformation vorgehen können? Ausreichende Finanzmittel, gut ausgebildete und unabhängige Journalistinnen und Journalisten, die die Zeit haben, sich gründlich mit den Themen zu befassen, sowie Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, diese Debatten mitzutragen: Dieses Fazit der Podiumsteilnehmenden formuliert ein ambitioniertes Ziel für die medienpolitische Diskussion in der Schweiz. Denn die sicherheitspolitisch verschärfte Lage trifft auf die Finanzierungs-krise des Journalismus: Der Bedarf an zuverlässigen Informationen steigt immens, gleichzeitig halten die verfügbaren Mittel nicht Schritt.

Mit dem im Februar 2024 in Kraft getretenen «Digital Service Act» hat die EU neue Datenschutz- und Desinformationsregulierungen für grosse Online-Plattformen eingeführt. Angesichts der Rolle, die Algorithmen in unserem Medienkonsum spielen, kommt dieser Schritt nicht unerwartet. Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf ebenfalls erkannt und wird voraussichtlich im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Plattformregulierung vorlegen. Das Dilemma ist offensichtlich: Wie bewahrt man die Handlungsfähigkeit des Staates, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken?

Worin sich die Podiumsgäste ebenfalls einig waren: Das Kerngeschäft der Medien – die Bereitstellung zuverlässiger Informationen – darf nicht zum Kampfplatz zwischen öffentlichen und privaten Anbietern werden. Wie die Politik dieser Tatsache in Zukunft Rechnung tragen wird, ist noch offen. Doch die Debatte ist lanciert.

Olga Baranova, Verband Medien mit Zukunft VMZ,  
Geschäftsleiterin CH++